

INFOPAPIER ZUM BUNDESHAUSHALT 2023

Nach knapp zwei Monaten sind die Ausschussberatungen über den Bundeshaushalt 2023 zu Ende gegangen. In den Beratungen hat sich gezeigt: Die Ampelkoalition ist in der Lage, zügig auf die vielfältigen Krisen, die uns derzeit vor besondere Herausforderungen stellen, zu reagieren und gleichzeitig haushälterisch vernünftig zu handeln. Als Koalition haben wir über 500 parlamentarische Änderungsanträge eingebracht und damit gezeigt, dass wir unsere Aufgabe, die Regierung als Parlament zu kontrollieren, trotz aller Einigkeit in der Koalition, sehr ernst nehmen.

Was haben wir erreicht?

Nach drei Jahren Ausnahmezustand kehren wir nun wieder zur Normalität der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse zurück. Die Kreditaufnahme wird im Vergleich zum Vorjahr um zwei Drittel reduziert. Damit sorgen wir für stabile öffentliche Finanzen und bewahren uns wichtige finanzielle Spielräume für künftige Krisen.

Wir haben im Bundeshaushalt den **vollständigen Abbau der kalten Progression** umgesetzt. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der breiten Mitte. Davon profitieren rund 48 Millionen Menschen in unserem Land. Der Abbau der kalten Progression ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, denn inflationsbedingte heimliche Steuererhöhungen treffen vor allem die leistungsbereite Mitte der Gesellschaft. Außerdem setzen wir die größte Kindergelderhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik um.

Eines der zukunftsweisenden liberalen Projekte, die **Aktienrente**, haben wir nun im Bundeshaushalt verankert. Durch den demografischen Wandel gebietet es schon die Generationengerechtigkeit, in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge einzusteigen. Die jetzt beschlossenen zehn Milliarden Euro für den Kapitalstock der Aktienrente sind dafür ein erster, wichtiger Schritt.

Warum ist die Schuldenbremse so wichtig?

Im Gegenteil zur schwarzen Null bietet die Schuldenbremse Handlungsspielräume je nach konjunktureller Lage. Zehn Prozent der Ausgaben können im kommenden Jahr aufgrund der Konjunkturkomponente durch Schulden finanziert werden. Damit erweist sich die Schuldenbremse als eine kluge haushälterische Regel unserer Verfassung mit ausreichender Flexibilität. Mit Blick auf die stark gestiegenen Zinskosten ist die gebotene Disziplin bei der Aufnahme neuer Schulden ein wichtiges Gebot der Generationengerechtigkeit. Denn innerhalb von zwei Jahren kommt es zu einer Verzehnfachung der Zinsausgaben des Bundes – einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Um weitere Zinskosten zu minimieren, muss die Schuldenaufnahme begrenzt werden.

Wie wird der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt?

Für den **Schienerverkehr** wurden weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für das nächste Jahr war die **Förderung der Computerspielentwicklung auf Bundesebene** bereits jetzt vollkommen ausgeschöpft. Diese Förderung stärken wir nun für die kommenden Jahre mit insgesamt 44 Millionen Euro und ermöglichen auch 2023 neue Förderbescheide. Nun stehen im nächsten Jahr 70 Millionen Euro für die Games-Förderung zur Verfügung.

Welche Akzente hat die FDP-Fraktion in den Beratungen gesetzt?

Als Freie Demokraten setzen wir den Fokus auf **innovative Technologien**. So fördern wir die Nutzung der **Blockchain-Technologie**, die Gründung eines **Translationszentrum für Zell- und Gentherapie** in Berlin und stellen 18 Millionen Euro für die Einführung der **digitalen Gesundheitskarte** in der Bundeswehr bereit. Die Mittel für **Souveräne Dateninfrastruktur und Künstliche Intelligenz** haben wir um 13,8 Millionen Euro auf rund 54,5 Millionen Euro aufgestockt. Mit insgesamt rund 135 Millionen Euro finanzieren wir den **Satelliten Grace-I**, einen der modernsten Satelliten der Welt, mit dem Forschung zum Klimawandel betrieben werden kann. Außerdem haben wir einen neuen Titel in den Bundeshaushalt eingebracht, mit dem **Wasserstraßen für den Stromnetzausbau** genutzt werden können. Dies ist ein innovativer und neuer Ansatz, der verspricht, das Stromnetz kostengünstiger und schneller auszubauen, als es auf dem Lande möglich ist.

Welche Unterstützung kommt der Ukraine zu?

Unsere Unterstützung der Ukraine schlägt sich auch im Haushalt nieder. Für die **energiepolitische Zusammenarbeit** mit der Ukraine stehen etwa 55 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung. Das **Krankenhaus in Lviv** und den Aufbau der **Prothesen-Werkstatt** einer Rehabilitationsklinik in Lviv unterstützen wir mit zehn Millionen Euro. Für die Beschaffung von 1.000 Generatoren stehen zwölf Millionen Euro bereit. Darüber hinaus haben wir weitere dreistellige Millionenbeträge für die humanitäre Hilfe, insbesondere für die Ukraine, bereitgestellt. Aber auch die kriegsbedingt notwendige Verstärkung unserer Munitionsvorräte haben wir mithilfe einer Verpflichtungsermächtigung von einer Milliarde Euro ermöglicht.

Das alles zeigt:

Die Rückkehr zur Schuldenbremse sowie die Garantie für keine neuen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger bei gleichzeitig wichtigen Krisenmaßnahmen und Zukunftsinvestitionen ist auch in herausfordernden Zeiten möglich, wenn der politische Wille da ist. Damit ist Deutschland finanziell gut gerüstet für das Jahr 2023.